



Berlin, 20.02.2025

Gemeinsamer Brief der Verbände DIE PAPIERINDUSTRIE und Bundesverband Glasindustrie zu kurzfristigen Maßnahmen in der Energiepolitik

Sehr geehrter Herr Scholz,
sehr geehrter Herr Habeck,
sehr geehrter Herr Merz,

wir, die Verbände der Papier- und Zellstoffindustrie und Glasindustrie, vertreten rund 100.000 Beschäftigte in Deutschland, deren Arbeitsplätze durch unsere Mitgliedsunternehmen gesichert werden. Doch diese Zahl droht rapide zu sinken. **Das hohe Preisniveau der Energiekosten zwingt Unternehmen zu teils drastischen und unumkehrbaren Schritten.** Noch nie haben unsere Mitglieder so viele Anlagen stillgelegt oder Fabriken geschlossen wie derzeit.

Sie alle haben in Ihren Wahlprogrammen die kurzfristige Reduzierung der Strompreise versprochen. Unsere Verbände begrüßen dieses Versprechen ausdrücklich. Strom ist der Energieträger der Zukunft, da er sowohl die Grundlage zur Vollelektrifizierung von Produktionsanlagen als auch zur Herstellung von Wasserstoff ist. Aktuell hat der Stromanteil in unseren Industrien einen Anteil von 30 bzw. 20 Prozent. Bis die Infrastruktur für erneuerbare Energien vollständig ausgebaut ist, sind unsere Unternehmen jedoch weiterhin auf konventionelle Energieträger angewiesen. Insbesondere Erdgas spielt derzeit noch eine essenzielle Rolle, bis genügend Kapazitäten für klimafreundlichen Strom und Wasserstoff vorhanden sind.

Der Erdgaspreis in Deutschland hat sich in den letzten Jahren mehr als verdoppelt und belastet die Unternehmen sowie ihre Wettbewerbsfähigkeit erheblich. Besonders die Gasspeicherumlage, die ausschließlich von Unternehmen in Deutschland gezahlt wird, hat sich zu einem gravierenden Nachteil für die internationale Wettbewerbsfähigkeit entwickelt. Die hohen Energie- und speziell Gaspreise entziehen unseren Unternehmen die notwendigen Kapitalmittel, um politisch gewünschte Investitionen in die Zukunftsfähigkeit ihrer Anlagen zu tätigen.

Wir appellieren an Sie, die Energiepreise ganzheitlich zu betrachten. Die Reduzierung der Strom- und Erdgaspreise muss Teil eines kurzfristigen Entlastungsprogramms innerhalb der ersten 100 Tage einer neuen Regierung sein. Andernfalls befürchten wir, dass langfristige Maßnahmen für viele Betriebe keine Wirkung mehr entfalten werden.

Alexander von Reibnitz
Hauptgeschäftsführer DIE PAPIERINDUSTRIE

Dr. Johann Overath
Hauptgeschäftsführer BV Glas